

„Hochwasser, Stürme und Trockenheit“ ... eventuell auch Pandemien Prioritäten der GRÜNEN beim Katastrophenschutz

Manfred Sommer

Am 10.03.2020 stellte die Bundestagsfraktion der GRÜNEN einen Antrag „Zusammenarbeit im föderalen Katastrophenschutz stärken“¹. In diesem Antrag geht es den GRÜNEN vor allem darum, das für Katastrophenschutzfälle aus ihrer Sicht hervorragend gerüstete föderale und dezentrale Netz aus Behörden und Organisationen dadurch zu stärken, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mit einer „Zentralstellenkompetenz“ für den Bevölkerungsschutz ausgestattet wird. Begründet wird der Ruf nach Zentralstellenkompetenz, der bei Links-Grünen eigentlich die Besorgnis des „Durchregierens“ auslösen müsste, mit einer „Steigerung länderübergreifender Lagen“ aus dem Feld der Klimakrise, namentlich „Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Stürmen oder extremer Trockenheit“ und „darüber hinaus“ sog. CBNR-Lagen (chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear), „die aufgrund von Unfällen aber auch Terroranschlägen entstehen können“. Immerhin werden am Ende der Aufzählung auch noch Pandemie-Lagen als „ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit im Katastrophenschutz“ immerhin erwähnt.

Ebenfalls am 10.03.2020 meldete die Tagesschau, Ministerpräsident Conte habe ganz Italien wegen Corona zur Sperrzone erklärt². Am selben Tag weitete Deutschland die Grenzkontrollen aus³ und die Bundesregierung stellte weitere Wirtschaftshilfen in Aussicht. Allerdings waren da noch keine flächendeckenden Schulschließungen geplant und auch über Bundesliga-Geisterspiele war noch nicht entschieden⁴. Dass noch kein Bundesliga-Spieltag abgesagt worden sei, führte NRW-Ministerpräsidenten Laschet am 15.03.2020 bei „Anne Will“ ins Feld, warum die Politik noch keine weitergehenden Maßnahmen ergriffen habe. Man möchte ironisch fragen, wie denn die Politik einen Virus bekämpfen soll, wenn die DFL den Ernst der Lage noch nicht begriffen hat? Man darf dankbar sein, dass die Regierenden nicht auch noch auf das IOC gewartet haben⁵.

Da nicht sein kann, was nicht sein darf, werden Pandemien in der zum BT-Antrag fast wortgleichen Kommentierung auf der Homepage der GRÜNEN vom 12.03.2020 komplett unterschlagen⁶. „Die größte Herausforderung (des Katastrophenschutzes) wird die Klimakrise“, wussten die GRÜNEN mitten in der Corona-Krise zu verkünden. Jetzt sei geboten, sich auf die Klimakrise und die damit einhergehenden Extremwetterereignisse mit Starkregenfällen, Überschwemmungen, Dürren, Waldbränden und starken Stürmen einzustellen. Von Pandemien im Allgemeinen und Corona im Besonderen keine Spur.

Auch im Redebeitrag der grünen Bundestagsabgeordneten Irene Mihalic in der Bundestagsdebatte am 13.03.2020 zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz tauchen die Begriffe Pandemie, Corona-Virus oder Synonyme mit keinem Wort auf. Die Tatsache, dass diese Rede im Kontext von Beratung und Beschlussfassung eines Gesetzes zur Änderung des THW-Gesetzes gehalten wurde, rechtfertigt diese Ausblendung der Corona-Krise

nicht⁷. Zum Tagesordnungspunkt 18 dieser BT-Sitzung gehörte nämlich neben der Novellierung des THW-Gesetzes u.a. auch der Bericht der Bundesregierung zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2017 vom 12.04.2019⁸, der u.a. auch den Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 vom 03.01.2013⁹ mit dem fiktiven Modi-SARS-Szenario fortschreibt, Defizite des Bevölkerungsschutzes benennt und Handlungsempfehlungen gibt. Der Verfasser wird in den nächsten Tagen ausführlicher zu diesen Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz Stellung nehmen.

Der Bias der GRÜNEN zugunsten allfälliger klimawandelbedingter Risikolagen ist kein Zufall, sondern Folge ihres Selbstverständnisses. Während die AfD den Klimawandel für eine Fata Morgana hält und Flüchtlingskrisen für die Mutter aller Krisen hält, verdrängen die GRÜNEN Krisen, die irgendwie mit der temporären Schließung irgendwelcher Grenzen und Einschränkungen individueller Bewegungsfreiheiten zu tun haben. Klimawandelkrisen sind sozusagen die „Lieblingskrisen“ der GRÜNEN. Hochwasser an Rhein und Elbe lässt sich nicht durch Sperrwerke an der deutsch-schweizerischen bzw. deutsch-tschechischen Grenze aufhalten. Auch Stürme und Trockenheiten sind an den ähnlich unbeliebten EU-Außengrenzen nicht zu stoppen. Bei Pandemien ist hingegen nicht so leicht zu bestreiten, dass frühzeitige und konsequente Grenzkontrollen, Unterbindung des Reiseverkehrs in und aus Hochrisikogebieten und auch kleinräumige Mobilitätseinschränkungen einen wesentlichen Beitrag zu deren effektiver Bekämpfung leisten. Zumindest sollen China¹⁰ und andere Länder die Corona-Epidemie auch mit solchen Maßnahmen unter Kontrolle gebracht haben. Abschließendes zur Wirksamkeit oder auch Unwirksamkeit einzelner Maßnahmen wird man erst am Ende der Corona-Krise sagen können, nicht zuletzt auf Basis internationaler Vergleichsstudien mit Ländern, die unterschiedliche Wege eingeschlagen haben.

Die verletzte links-grüne Seele, der sich bei Stichworten wie Grenzschließungen, Ausgehverboten oder Bundeswehrlazaretten prinzipiell die Nackenhaare sträuben, möchte nicht mit der Wirklichkeit konfrontiert werden. Verbote ja, wenn es wie bei SUV's vermeintlich um Klimaschutz, tatsächlich wohl mindestens ebenso um den Elektro-Trabi für Alle geht. Bei der Reduktion sozialer Kontakte zur Pandemieeindämmung sind Verbote unerwünscht, auch wenn die Erfahrung der letzten Tage gezeigt hat, dass sie erst greifen, wenn ihre Missachtung als Ordnungswidrigkeit geahndet wird.

Wohlgemerkt fordern die GRÜNEN keine neuen und vertieften Maßnahmen des Katastrophenschutzes, schon gar nicht gegen Pandemien, sondern begnügen sich mit mehr „Zusammenarbeit“ von Bund und Ländern. Bei welchen Maßnahmen zusammengearbeitet werden soll, bleibt offen. Beispiele wie die anfangs unterschiedliche Praxis bei der Schließung von Friseurläden oder bei der zulässigen Größe von Spaziergängergruppen werden nicht ins Feld geführt. Statt sich um den Bevölkerungsschutz bei Corona zu kümmern, werden hier föderale Nebelkerzen geworfen. Ebenso mit der Forderung nach einer marginalen Grundgesetzänderung, deren Beitrag zur Corona-Bewältigung homöopathische Dosen unterschreitet.

Das großzügige Weggucken der GRÜNEN mitten in der europäischen (und globalen) Hochrisikoveranstaltung Covid-19 qualifiziert sie nicht besonders für die Übernahme von Regierungsverantwortung auf Bundesebene in mit der inneren und äußeren Sicherheit federführend befassten Ministerien, vom Kanzleramt ganz zu schweigen.

Diese Kritik an den GRÜNEN wird nicht dadurch hinfällig, dass führende Vertreter dieser Partei wie der Fraktionsvorsitzende im Bundestag Hofreiter inzwischen vernünftige Positionen zur Corona-Pandemie äußern¹¹, die er aber auch schon am 13.03.2020 im Bundestag hätte äußern können. Sie relativiert sich auch nicht dadurch, dass das Verhalten fast der gesamten politischen Klasse an „Pandemie-Verleugnung“ grenzte, wie in einem gesonderten Beitrag zu zeigen sein wird¹².

¹ dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/177/1917749.pdf

² <https://www.tagesschau.de/ausland/italien-corona-115.html>

³ <https://www.dw.com/de/deutschland-weitert-grenzkontrollen-wegen-corona-aus/a-52713814>

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-deutschland-165.html>

⁵ Ein überzeugenderes Beispiel gesellschaftlicher Realitätsnähe und Verantwortung des Sports liefert Jürgen Klopp (<https://www.liverpoolfc.com/news/first-team/391487-jurgen-klopp-interview>)

⁶ <https://www.gruene-bundestag.de/themen/innenpolitik/zusammenarbeit-im-foederalen-katastrophenschutz-staerken>

⁷ <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19153.pdf>. Interessanterweise wurde der Begriff Corona in dieser Bundestagssitzung zwar 66 Mal erwähnt, davon aber nur 8 Mal im Tagesordnungspunkt zum Bevölkerungsschutz und umso häufiger in den Tagesordnungspunkten, die sich mit dem Koalitionsantrag zu krisenbedingten Verbesserungen des Kurzarbeitergeldes bzw. den FDP-Antrag zu einem Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise befassten. Ein Schelm, wer daraus den Vorrang ökonomischer vor gesundheitlichen Belangen ableiten würde.

⁸ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/095/1909520.pdf>.

⁹ <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-xi-wuhan-101.html>

¹¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-03/anton-hofreiter-coronavirus-epidemie-klimaschutz-klimawandel/komplettansicht>

¹² Sommer, M: „COVID19 und die Politik“. Hamburg und Weil an Rhein. 2020